

Presseinformation

Nr.: 056/2016

Potsdam, 20. April 2016

Henning-von-Tresckow-Straße 2-13
14467 Potsdam

Pressesprecherin: Marina Ringel
Telefon: +49 331 866-5040
Mobil: +49 170 4538688
Fax: +49 331 866-5049
Internet: www.masgf.brandenburg.de
marina.ringel@masgf.brandenburg.de

Kindergesundheitskonferenz Brandenburg 2016

Gesundheitsförderung für Kinder weiter verbessern

Die Umsetzung des neuen Präventionsgesetzes steht im Mittelpunkt der Kindergesundheitskonferenz Brandenburg 2016, die heute in der Potsdamer Staatskanzlei stattfindet. Gesundheitsministerin Diana Golze sagte zum Auftakt: „Wir wollen die Früherkennungsuntersuchungen für Kinder und Jugendliche weiterentwickeln und auch den Impfschutz verbessern. Denn vorbeugen ist bekanntlich besser als heilen. Die Umsetzung des Präventionsgesetzes ist ein aktuelles Thema, über das wir gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern vom Bündnis Gesund Aufwachsen in Brandenburg diskutieren werden. Ein Schwerpunkt ist dabei die gesundheitliche Chancengleichheit. Denn Kinder aus einkommensarmen Familien sind nach wie vor öfter gesundheitlich benachteiligt als andere.“



Die Kindergesundheitskonferenz findet auf Einladung des Gesundheitsministeriums alle zwei Jahre statt und ist zugleich das Plenum des „Bündnisses Gesund Aufwachsen in Brandenburg“, in dem sich über 200 staatliche und nichtstaatliche Akteure zusammengeschlossen haben, um die gesundheitliche Lage von Kindern und Jugendlichen im Land Brandenburg zu verbessern. Gesundheitsministerin Golze ist die Vorsitzende des Bündnisses. Das **Motto** der diesjährigen Konferenz mit rund 170 Teilnehmenden lautet „**Vom Gesetzestext in die Lebenswelt – Prävention kommt an!**“.

Gesundheitsministerin Diana Golze erklärte: „Das Bündnis Gesund Aufwachsen hat sich längst als tragende Säule in der Brandenburger Gesundheitslandschaft etabliert. Von der vernetzten Zusammenarbeit der vielen Akteurinnen und Akteure profitieren alle Kinder und Jugendliche. Das zeigen die Daten der Gesundheitsberichterstattung. In den vergangenen zehn Jahren sind sowohl die Zahl der Schulanfängerinnen und Schulanfänger mit einem lückenlosen Impfschutz als auch der Kinder, die an den Früherkennungsuntersuchungen U1 bis U9 teilgenommen haben, deutlich gestiegen. Und immer mehr Kinder haben kariesfreie Zähne. Wir sehen aber auch, dass die gesundheitlichen Beeinträchtigungen, zum Beispiel Bewegungsstörungen oder Übergewicht, von Einschülerinnen und Einschülern sowie von Jugendlichen zunehmen. Wir werden alle Möglichkeiten des neuen Präventionsgesetzes, das nach über zehnjähriger Debatte im vierten Anlauf auf Bundesebene in 2015 endlich verabschiedet worden ist, nutzen, die Ge-

sundheitsförderung und Krankheitsprävention in der Familie, in Kita und Schule bis hin zur Ausbildung weiter zu verbessern. Dabei muss es uns noch besser gelingen, sozial bedingte Ungleichheiten der Gesundheitschancen von Kindern und Jugendlichen abzubauen. Denn jedes Kind hat – unabhängig vom Einkommen der Eltern – das Recht, gesund aufzuwachsen.“

Mit dem „Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention“ (**Präventionsgesetz**) werden ab 2016 die Leistungen der Krankenkassen zur Vorbeugung gegen Krankheiten, Gesundheitsförderung und Früherkennung von Krankheiten erweitert. So sollen Ärzte Eltern zum Impfschutz beraten, bevor deren Kind in die Kita kommt. Außerdem wurde mit dem Gesetz eine **Nationale Präventionskonferenz** (NPK) eingeführt. Damit soll sich die Zusammenarbeit der Sozialversicherungsträger sowie der Länder und Kommunen verbessern. In der von gesetzlicher Kranken-, Unfall-, Renten- und Pflegeversicherung getragenen NPK sind u.a. auch Bundes- und Landesministerien sowie kommunale Spitzenverbände vertreten.

Die Nationale Präventionskonferenz hat am 19. Februar 2016 erstmals trägerübergreifende Bundesrahmenempfehlungen zur Gesundheitsförderung verabschiedet. Diese Empfehlungen sollen jetzt in den Ländern und Kommunen auf der Grundlage von Landesrahmenvereinbarungen umgesetzt werden. In Brandenburg sind die Partnerinnen und Partner dazu aktuell im konstruktiven Dialog, um den Abschluss der Landesrahmenvereinbarung in 2016 vorzubereiten.

Für die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen im Land Brandenburg erklärte **Daniela Teichert**, Mitglied der Geschäftsleitung der AOK Nordost: „Das Bündnis Gesund Aufwachsen hat sich in den vergangenen Jahren für die Gesundheitsförderung und Prävention von Kindern als wichtige Struktur in Brandenburg bewährt. Vor dem Hintergrund des Präventionsgesetzes werden wir es weiter und nachhaltig stärken. Die Krankenkassen, denen mit dem Präventionsgesetz eine hohe Verantwortung übertragen wurde, arbeiten bereits mit dem Ministerium an einer Landesrahmenvereinbarung für das Land Brandenburg. Als Krankenkassen sind wir überzeugt, gemeinsam Ansätze zur Stärkung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und deren Familien auf dem Weg bringen zu können.“

Stefan Pospiech, Geschäftsführer von Gesundheit Berlin-Brandenburg, sagte: „Der Bundesgesetzgeber hat mit dem Präventionsgesetz viele Punkte der konkreten Ausgestaltung auf die Land- und kommunale Ebene delegiert. Davon profitiert Brandenburg, denn so kann auf etablierten und erfolgreichen Strukturen wie dem Bündnis Gesund Aufwachsen aufgebaut werden. Die große Herausforderung ist, dass es nun nicht ein Mehr an nebeneinander laufenden Aktivitäten gibt, sondern dass verbindliche Kooperationen entstehen. Gerade Familien in belastenden Lebenssituationen brauchen niedrigschwellige und verlässliche Angebote. Das gelingt nur gemeinsam.“

Prof. Dr. med. Thomas Erler, Ärztlicher Direktor und Chefarzt im Klinikum Westbrandenburg und Mitglied des „Bündnisses Gesund Aufwachsen in Brandenburg“, sagte: „Das afrikanische Sprichwort ‚Abwesenheit lässt ein Kind nicht

gedeihen‘ beschreibt das Anliegen unseres Bündnisses auf besonders treffende Art und Weise. Kinder können ihr Schicksal nicht in die eigenen Hände nehmen. Sie sind darauf angewiesen, dass vor allem die Eltern, aber auch Ärzte und Einrichtungen genau und vor allem rechtzeitig hinsehen, Bedarf entdecken und Angebote unterbreiten. Für eine optimale Versorgung von Kindern und Jugendlichen ist eine Allianz unterschiedlichster Professionen, Gesellschaften, Institutionen und Einrichtungen erforderlich. Mit dem Bündnis Gesund Aufwachsen ist das Land Brandenburg beispielgebend!“

*Das Herzstück des Bündnisses Gesund Aufwachsen sind **fünf thematische Arbeitsgruppen** (AG): AG Bewegung, Ernährung, Stressbewältigung, AG Frühe Hilfen und Pädiatrische Versorgung, AG Seelische Gesundheit, AG Unfall- und Gewaltprävention sowie AG Mundgesundheit. Die Arbeitsgruppen analysieren regelmäßig auf Grundlage der Gesundheitsberichterstattung die gesundheitliche Lage von Kindern und Jugendlichen im Land Brandenburg. So sollen Defizite in der Prävention, der Früherkennung, Frühförderung sowie der ambulanten und stationären pädiatrischen Versorgung aufgedeckt und gemeinsam Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Angebote vereinbart werden.*

*Etwa alle zwei Jahre kommen die Akteure des Bündnisses im **Plenum** zusammen. Das Plenum nimmt Berichte der Arbeitsgruppen entgegen und berät fachliche Fragen zu Kindergesundheit von grundlegender Bedeutung. Die Plenumsveranstaltung ist öffentlich und wird von der Gesundheitsministerin eröffnet. Unterstützt wird das Bündnis seit 2009 von der **Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung „Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V.***

Weitere Informationen im Internet unter
www.buendnis-gesund-aufwachsen.de
www.gesundheitsplattform.brandenburg.de

Siehe auch Anlage „Kindergesundheitskonferenz 2016: Daten für Taten“